

---

Referat von Alois Rölly, Vizepräsident der VKMB

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich beschäftige mich in meinen Ausführungen mit den Einwänden, die gegen die Initiative erhoben werden. Sie werden feststellen, dass keiner dieser Einwände sachlich eine Ablehnung der Initiative rechtfertigen könnte.

Ich halte mich im folgenden an die Einwände, die der Bundesrat in seinen Erläuterungen an die Stimmbürger gegen die Initiative anführt.

Zur Abgrenzung der bäuerlichen von den nichtbäuerlichen Betrieben:

Diese Abgrenzung ist keineswegs unmöglich, wie es die Gegner und leider auch der Bundesrat behaupten. Diese Abgrenzung ist im Gegenteil sehr einfach zu bewerkstelligen: Der Bundesrat wird das mit einer Selbstdeklaration lösen (wie bei den Steuern).

Wirklich zu überprüfen sind dann nur die Grenzfälle. Das sind vielleicht 1000 Betriebe. Bei 99 % der Betriebe ist nämlich der Fall absolut klar: Die grosse Mehrheit der Schweizer Bauern führen einen echten bäuerlichen Familienbetrieb, selbständig bewirtschaftet, hauptsächlich familieneigene Arbeitskräfte, mit einer Futterbasis, die weit über dem Erfordernis unserer Initiative liegt.

Ebenso klar liegt der Fall bei der Minderheit der nichtbäuerlichen Betriebe: Man wird ohne jeden bürokratischen Aufwand sofort feststellen, dass die Gutsbetriebe von Nationalrat Blocher nicht vorwiegend von Herrn Blocher und seiner Familie bewirtschaftet werden und dass das Schweizer Volk fortan 200'000 Fr. Subventionen an Herrn Blocher einsparen kann. Man wird bei einigen tausend Betrieben auch sofort feststellen, dass die Futterbasis ganz klar nicht für zwei Drittel der Tiere im Stall ausreicht. Sie reicht bei jenen 5000 Betrieben, die weniger als eine Viertel-Hektare bewirtschaften, aber zusammen 143'000 Grossvieheinheiten halten, nicht einmal für einen Fünfhundertstel der Tiere aus. Da gibt es gewiss keine Abgrenzungsprobleme.

Zur Unterstellung, das "Bauernsterben" würde zunehmen:

Wir nehmen nicht an, dass der Bundesrat die Behauptung selbst erfunden hat, die Initiative würde 12'000 bäuerlichen Betrieben den Agrarschutz entziehen. Die Behauptung stammt aus dem Bundesamt für Landwirtschaft, das mit seinem

Grossbauern Pilot an der Spitze nicht im Rufe grosser Kleinbauernfreundlichkeit steht.

Wir betrachten diese Behauptung als Heuchelei. Tatsache ist doch: Das Bauernsterben hat unter der bisherigen Landwirtschaftspolitik stattgefunden: Seit Kriegsende haben 120'000 Bauernfamilien ihre Existenz verloren. Seit 1975 hat das "Bauernsterben" 20'000 Opfer gefordert. Und wenn unsere Initiative abgelehnt wird, wenn die bisherige Landwirtschaftspolitik weitergeführt wird, dann werden bis zum Jahr 2000 weitere 20'000 Betriebe ihre Existenz verlieren.

Wenn Sie, sehr geehrte Damen und Herren, Ihre Berichte und Kommentare zur Kleinbauern-Initiative schreiben, - dann sorgen Sie sich doch um diese 20'000 echten bäuerlichen Existenzen, und nicht um die angeblich 12'000 Betriebe, die der Bundesrat retten will, indem er die Initiative ablehnt.

Von diesen 12'000 Betrieben soll er nämlich zunächst einmal 5000 Betriebe gar nicht retten, sondern er soll ihnen den Schutz der Landwirtschaftsgesetzgebung entziehen. Von diesen 12'000 Betrieben haben 5'000 Betriebe einen ganz massiv übersetzten Tierbestand. Das sind Massentierhaltungen, das sind Tierfabriken, die die Initiative abschaffen will - Tierfabriken, die weder die Fürsorge des Schweizer Volks noch die Fürsorge des Bundesrats verdienen.

Weiter sind darunter über 1000 Verwalter-Betriebe. Auch Herr Blocher wird sich ohne die Fürsorge und ohne Subventionen des Schweizer Steuerzahlers weiter durchs Leben schlagen.

Es ist wirklich perfide, dass man den Initianten in diesem Abstimmungskampf scheinheilig vorwirft, dass die Initiative erreicht, was sie erreichen will: Nämlich das Verschwinden der Tierfabriken. Und dabei so tut, als ob diese Tierfabriken, diese Millionen-Bauern schützenswerte Kleinbauern wären.

Es gibt tatsächlich eine Anzahl bäuerlicher Betriebe, die ihren Tierbestand über die geforderte Futterbasis hinaus aufgestockt haben. Die VKMB schätzt sie auf höchstens 4'000. Aber die Existenz dieser Betriebe ist nicht gefährdet, wenn die Initiative angenommen wird, sondern diese Betriebe sind akut gefährdet, wenn die Initiative abgelehnt wird.

Denn auch diese Aufstockungsbetriebe werden in Zukunft die Anforderungen des Gewässerschutzes erfüllen müssen (d.h. höchstens 3 DGVE pro ha). Diese kleinbäuerlichen Aufstockungsbetriebe können sich nicht wie die Tierfabriken durch Gülleabnahmeverträge retten.

Werden diese Betriebe sich durch Gülle-Trocknungsanlagen retten können (falls diese, wie beabsichtigt, gesetzlich erlaubt werden)? - Nein. Denn diese ökologisch vernunftswidrigen Gülle-Trocknungsanlagen dienen nur wieder

zur Erhaltung der Tierfabriken. Ein Kleinbauer wird sich diese teuren Investitionen natürlich nicht leisten können.

Diese Aufstockungsbetriebe werden durch die Kleinbauern-Initiative nicht gefährdet, sondern sie werden durch die Annahme der Initiative gerettet. Denn bäuerliche Betriebe erhalten durch die Initiative einen kostendeckenden Preis für ihre Produkte garantiert. Der kostendeckende Preis liegt beispielsweise beim Schweinefleisch 30 Prozent höher als der heute erzielbare Preis. Unter diesen Umständen kann ein bäuerlicher Betrieb ohne Einkommenseinbusse das tun, was er ohnehin tun muss: Seinen Tierbestand auf die Forderung des Gewässerschutzgesetzes reduzieren.

Was soll also die Unterschiebung, die Kleinbauern-Initiative gefährde Kleinbauern? - Das ist Demagogie! Und ich bitte Sie, liebe Vertreter der Medien: Verbreiten Sie bitte diesen wirklichen Unsinn nicht mehr weiter.

Zur Behauptung, abgestufte Preise seien ungerecht

Meine Damen und Herren, nichtabgestufte Preise sind in höchstem Masse ungerecht! Sie bewirken, dass mit jeder Preiserhöhung die Grossbauern in günstigen Lagen noch bessere Preise erhalten - Preise, die weit über den Produktionskosten liegen. Finden Sie es gerecht, dass im Getreidebau heute ein Stundenverdienst von 200 Fr. möglich ist? Ich glaube auch nicht, dass das Schweizer Volk, das den Getreideanbau massiv subventioniert, dies gerecht findet.

Abgestufte Preise sind bei der Milch, beim Brotgetreide, Raps und bei Zuckerrüben ohne jeden administrativen Mehraufwand möglich. Wir verlangen bei anderen Produkten gar nicht abgestufte Preise, sondern im Initiativtext lediglich nach Produktionskosten abgestufte Direktzahlungen.

Im übrigen ist die Forderung nach abgestuften Preisen im Initiativtext nicht ausdrücklich enthalten. Wir sind aber dem Bundesrat sehr dankbar, dass er in seinen Erläuterungen an die Stimmbürger ebenfalls von abgestuften Preisen zugunsten der kleinen und mittleren Betriebe spricht.

Zur Behauptung, die landwirtschaftliche Produktion werde verteuert:

Es ist richtig, dass auf bäuerlichen Betrieben die Fleisch- und Eierproduktion teurer ist als in den Tierfabriken. Das ist ja auch der Grund, weshalb die bäuerlichen Betriebe nicht konkurrenzfähig sind und weshalb diese Tierfabriken verschwinden sollen. Wir glauben auch, dass die Konsumentinnen und Konsumenten bereit sind, für gesunde, hochwertige Produkte aus bäuerlichen Betrieben mehr zu bezahlen als die niedrigen Produktionskosten in den Tierfabriken.

Aber die Behauptung, die landwirtschaftliche Produktion oder unsere Landwirtschaftspolitik werde deshalb insgesamt teurer, geht völlig an der Realität vorbei. Sie wird durch die Annahme unserer Initiative mit Sicherheit billiger:

Die Landwirtschaft wird billiger, weil 1. nicht mehr Millionen-Subventionen zur Beseitigung von Ueberschüssen verschwendet werden - von Ueberschüssen, die in den Tierfabriken und in den gewerblich-industriellen Betrieben produziert werden.

Die Landwirtschaft wird billiger, weil 2. das Verschwinden von Tierfabriken und industriellen Agrobetrieben Produktionsreserven freimacht. Dadurch haben zunächst (im Sinne der Initianten) bäuerliche Betriebe die Möglichkeit zur Aufstockung und Produktionsausweitung. Andererseits entsteht (zum Vorteil der Konsumenten und ihres Portemonnaies) grösserer Spielraum für Importe. Unsere Gegner beim Bauernverband tun so, als sei das ein Verbrechen. Wir halten es für verbrecherisch, wenn die Konsumenten teure Nahrungsmittel bezahlen müssen für Produkte, die angeblich aus der Schweizer Landwirtschaft kommen - in Wahrheit aber von industriellen Betrieben sind, welche die Schweizer Landwirtschaft und den Schweizer Bauernstand kaputt machen.

Die Nahrungsmittel werden für den Konsumenten billiger, weil 3. importierte Produkte generell billiger werden: An der Grenze erfolgt der Schutz der Inlandproduktion nicht mehr primär durch Preiszuschläge auf den Importen, sondern durch die Uebernahmepflicht der Importeure. Bei den heute kontingentierten Importen, also beim Wein und bei den Futtermitteln, werden nicht mehr ungerechtfertigte Millionenprofite mit ererbten Importrechten gemacht.

Zur Behauptung, die Initiative schädige die Gesamtwirtschaft:

Die Initiative beschränkt den Agrarschutz auf die bäuerlichen Familienbetriebe. Das wird die Handelspartner der Schweiz freuen. Denn es wird im Ausland genausowenig wie in der Schweiz verstanden, wieso wir in der Schweiz eine agroindustrielle Industrie schützen, die mit importierten Futtermitteln und mit ausländischen Arbeitskräften die teuersten Nahrungsmittel der Welt produziert.

Die Initianten haben sich schon vor der Lancierung der Initiative beim Gatt in Genf vergewissert, dass das von uns vorgeschlagene AussenhandelsInstrumentarium Gatt-konform ist. Die Schweiz wird ihr Gatt-Sonderstatut neu verhandeln müssen. Das gibt Arbeit für unsere Diplomaten. Aber dafür bezahlen wir unsere Diplomaten. Das liberale Aussenhandels-Instrumentarium, das die Initiative vorschlägt, schafft für die Verhandlungen einen zusätzlichen Spielraum, den die bisherige Agrarpolitik nicht bietet. Die Schwierigkeiten, welche die Schweiz heute im Gatt hat, sind nämlich von der bisherigen Landwirtschaftspolitik verursacht

worden. Eine neue Agrarpolitik ist für die Schweiz auch aussenhandelspolitisch dringend notwendig. Die Annahme der Initiative wirkt sich auch gesamtwirtschaftlich positiv aus.

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich seriös mit dieser Initiative auseinandersetzen, werden Sie feststellen: Die Volksinitiative "für naturnahes Bauern - gegen Tierfabriken" hat keinen Haken. Die Nachteile, die ihr angedichtet werden, sind zum Teil abstrus, zum Teil entspringen sie einer durchsichtigen Interessenpolitik.

Ich bin überzeugt, dass Sie die sachlichen Aspekte unserer Initiative werten. Und ich setze volles Vertrauen in Sie, dass Sie auf unsachliche, propagandistische, zum Teil demagogische Behauptungen der Gegner nicht hereinfließen.